



Walzenhausen, 7. Dezember 2020

Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024; Kenntnisnahme

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren aus Regierungs- und Kantonsrat

Der vorliegende Finanz- und Aufgabenplan 2022-24 macht deutlich, welche Aufgabenvielfalt und welche Herausforderungen von der gesamten Verwaltung sowie dem Regierungsrat jährlich zu leisten sind. Für das dahinterstehende Engagement und die geleistete Arbeit danken wir allen Beteiligten.

Unsere Gedanken zur Ausgestaltung:

- Wir begrüßen die Verknüpfung zwischen den Zielsetzungen des Regierungsprogramms und der operativen Umsetzung.
- Der Informationsgehalt von Departementen und Ämtern ist unterschiedlich: während einzelne nach dem Prinzip Copy-Paste vorgehen, also die Jahresziele von 2020 einfach wieder als Jahresziele 2021 aufführen, wird bei anderen deutlich, wie kantonale Entwicklungen – z. B. die Coronakrise – Berücksichtigung finden sowohl bei der Umfeldanalyse als auch bei der Setzung der Jahresziele. Hier wünschen wir uns, dass dies in allen Departementen so gehandhabt wird.
- Die SP begrüsst, dass einige Departemente eine realistischere Sachplanung vorgenommen haben. Die jeweilige Prioritätensetzung (A/B) erschliesst sich aber nicht immer. Hier wären Erklärungen hilfreich, weshalb der Regierungsrat die Prioritäten so gesetzt hat.

Nun zum Inhalt:

Das Festhalten an den finanzpolitischen Zielen (S. 10) – trotz der realen Veränderung durch die Coronakrise, weniger Einnahmen etc. – durchzieht den ganzen AFP. Aus Sicht der SP setzt die Regierung damit einen unrealistischen Fokus. Nur auf ein Entlastungsprogramm zu setzen in Zeiten wo «die knappen Personalressourcen der Verwaltung mehr als ausgeschöpft sind» führt in die falsche Richtung. Ausserdem hält die SP das Sparen auf Kosten des Personals (Lohnstopp und Wegfall Anerkennungsprämie) gerade in Zeiten, wo viele Mitarbeitende ausserordentliches leisten, für absolut kontraproduktiv.

Wir vermissen auch klare Aussagen der Regierung, an welchen Leistungsabbau sie konkret denkt. Auf S. 16 wird von «verschobenen Projekte» gesprochen, ohne ins Detail zu gehen. Vom Finanzdirektor haben wir auf Nachfrage erfahren, dass es um die Erneuerung der Strafanstalt erst im Jahr 2022 und den einstweiligen Verzicht auf die Erweiterung des Schulraums im BBZ geht. Solche Verschiebungen bringen nur kurzfristig eine finanzielle Entlastung.

Die SP fordert deshalb, die finanzpolitische Zielsetzung anzupassen und der Erhöhung der Steuereinnahmen bereits jetzt Aufmerksamkeit zu schenken und nicht erst in zweiter Priorität im Jahr 2023. Das Argument, dass eine Steuererhöhung, die eh schon schwierige Situation für Unternehmen und Private weiter belastet, greift aus unserer Sicht zu kurz. Unternehmen oder auch Personen, die in der Coronaphase in finanzielle Schwierigkeiten geraten, werden deutlich weniger Steuern zahlen. Und von denjenigen Unternehmen, die von der Krise profitieren, kann man einen solidarischen Beitrag erwarten. Weiter ist für uns unverständlich, weshalb die Regierung auch in Krisenzeiten am Nettoverschuldungsquotient von 35 % festhalten will, zumal eine Verschuldung unter 100 % als gut definiert wird.

Es gilt sich antizyklisch zu verhalten, gerade jetzt benötigt es Investitionen und die Erhaltung der Kaufkraft. Das geht nur mit mehr Steuereinnahmen. Wenn wegen der Entlastungsprogramme z. B. die Zahl der Berechtigten bei der individuellen Prämienverbiligung sogar noch sinkt, wird das Gegenteil erreicht. Personen mit kleinen Einkommen haben noch weniger Geld zur Verfügung und der Absatz der Wirtschaft leidet.

Als zweiter Punkt fällt uns auf, dass auch 2021 nur wenige Gesetzesprojekte in den Kantonsrat kommen werden. Dafür wird sich der Rat 2022 mit sehr vielen – z. T. auch schwergewichtigen – Gesetzen in kurzer Zeit auseinandersetzen müssen. Erfreuliches Gegenbeispiel ist das Kinderbetreuungsgesetz, das in sehr kurzer Zeit umgesetzt werden soll.

Die SP-Fraktion wird in der Detailberatung noch einzelne Fragen stellen. Im Wissen, dass der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan einen erheblichen Verwaltungsaufwand darstellt, nimmt die SP-Fraktion diesen Bericht dankend zur Kenntnis.

Für die SP-Fraktion, Michael Kunz, 7.12.2020